



Ideologische Scheuklappen ablegen, statt neue teure Entlastungspakte zu schnüren

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Ideologische Scheuklappen ablegen, statt neue teure Entlastungspakete zu schnüren

Eine fast zweistellige Inflationsrate, die höchsten Energiepreise der Welt und immer neue Debatten über noch höhere Steuern – angefacht vor allem von den grünen und roten Koalitionspartnern in der Ampel – sorgen für Missstimmung in Mittelschicht und Wirtschaft. Vermögensabgabe, Übergewinnsteuer und den Abschied von der Schuldenbremse möchten SPD und Grüne nutzen, um ein Entlastungspaket für Geringverdiener zu schnüren. Und das, obwohl der Staat Rekordsteuereinnahmen verbucht und ohnehin schon bei der Steuer- und Abgabenbelastung einen Spitzenplatz in der OECD einnimmt.

Eine Umverteilung „von oben nach unten“ sei nur „gerecht, denn starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“ – so die Meinung führender Politiker der zwei linken Koalitionsparteien. Dabei ist Deutschland schon sehr lange eines der wenigen Länder, in denen die zehn Prozent der Menschen mit den höchsten Einkommen, mehr als die Hälfte der für den Bundeshaushalt so wichtigen Einkommensteuer tragen. Dagegen zahlen knapp 30 Prozent der Beschäftigten überhaupt keine Lohn- oder Einkommensteuer, weil sie unter den entsprechenden Einkommensschwelen liegen. Die Mittelschicht und der unternehmerische Mittelstand stellen die stabilen Säulen dar, die hart arbeiten, ihre Steuern zahlen und selten in den Genuss von Entlastungen kommen. Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Einkommen von 58.000 Euro im Jahr, wozu viele Facharbeiter zählen, gelten im Steuerrecht als „reich“ und zahlen auf einen Teil bereits den Spitzensteuersatz. Diese Gruppe soll maßgeblich die Kosten des neuen Entlastungspakets schultern, das die SPD breit verteilen möchte: an Rentner, deren Kaufkraft im Gegensatz zu Erwerbstätigen trotz Inflation nicht sinkt, weil die letzte Rentenerhöhung überaus üppig war; an Hartz IV-Empfänger, die auch ohne „Bürgergeld“ einen Ausgleich für steigende Strom- und Gaspreise erhalten und auch an die Bezieher mittlerer Einkommen, die zusätzliche soziale Wohltaten mit ihren Steuern selbst finanzieren müssen. Das Geld fließt bei der letzten Gruppe jedoch von der rechten in die linke Tasche – Hauptsache, es wird nach sozialdemokratischer Tradition noch einmal durch die staatliche Mühle gedreht, auf dass die Steuern weiter steigen.

Die propagierte Übergewinnsteuer kann keinen sinnvollen Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten. Zum einen sind die Unternehmensgewinne nicht gestiegen, sondern durch die Krisenfolgen insgesamt eingebrochen: Allein im zweiten Quartal 2022 sank der Gesamtgewinn der DAX-Konzerne um 19,3 Prozent. Wollte die Bundesregierung die Krisengewinne und -verluste ausgleichen, müsste sie also kräftig draufzahlen. Zum anderen geht jedes Vertrauen in die Markt- und Eigentumsordnung verloren, wenn der Staat nach Gusto Gewinne als ungerecht einstuft und konfisziert.

Deutschland verspielt mit seiner massiven Umverteilungs- und Steuerpolitik außerdem seinen einzigen Rohstoff: Kreative und innovative Köpfe verlassen aufgrund der hohen Steuerbelastung und überbordender Bürokratie das Land. Es ist ja kein Zufall, dass Hochqualifizierte insbesondere in die Schweiz und die USA abwandern, also Staaten mit niedriger Steuern- und Abgabenlast. Der Wegzug lohnt sich: Der Nettostundenlohn steigt im Schnitt von 14 auf 21,50 Euro. Seit 1991 wanderten per Saldo jährlich 24.000 Deutsche mehr aus als ein. Stellen für Fachkräfte sind in Deutschland immer

schwerer zu besetzen. In diesem Klima die staatliche Umverteilung immer weiter ausbauen zu wollen, ist ein Anschlag auf die Wirtschaftskraft dieses Landes. Schon lange können und wollen gut ausgebildete Menschen überall auf der Welt arbeiten. Mit dem beruflichen Aufstieg immer mobiler und vernetzter Generationen, sinkt die Schwelle zur Auswanderung weiter. Wenn junge leistungsbereite Bürger nicht mehr das Gefühl haben, dass sich ihr Einsatz hierzulande lohnt, sondern immer mehr Geld, das sie erwirtschaftet haben, in maroden Rentenkassen, einem reformbedürftigen Gesundheitssystem oder Wahlgeschenken verschwindet, ist der galoppierende Brain-Drain die logische Folge.

Es kann deshalb nicht sein, dass die Politik ausschließlich Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern unter die Arme greift und die Mitte der Gesellschaft mit der hohen Inflation, stark steigenden Energiepreisen und womöglich höheren Steuern weiter im Regen stehen lässt. Die Parteien links der Mitte stellen sich hier den richtigen Vorschlägen des Bundesfinanzministers, die kalte Progression abzubauen und einem Inflationsausgleich über Steuern ebenso entgegen, wie dem Festhalten an der Schuldenbremse. Dabei ist sie ein zentrales Instrument zur Bekämpfung der Inflation. Immer neue Staatsschulden für eine ausgabenfreudige Fiskalpolitik heizen jedoch die Inflation weiter an. Nicht nur die Europäische Zentralbank hat es versäumt, auf die massive Inflation angemessen zu reagieren, auch die Fiskalpolitik. Es ist unverantwortlich, dass die Ampelkoalition über die Aufweichung der Schuldenbremse diskutiert, die für Notsituationen ohnehin Spielräume zur Kreditaufnahme öffnet, nur eben auch mit einem damit verbundenen Rückzahlplan. Stattdessen sollte die Bundesregierung jede zu beschließende Maßnahme der Prüfung unterziehen, ob sie die Inflation weiter befördert. Auch schuldenfinanzierte Hilfen für die Bevölkerung, wegen der hohen Energiepreise, treiben die Inflation weiter an. Nur eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik der EU-Staaten wird der Europäischen Zentralbank erlauben, das Notwendige zu tun und strikt gegen die Inflation vorzugehen. Deutschland muss hier Vorreiter bleiben, nur so kann die Bundesrepublik gegenüber dem „Club Med“ glaubwürdig auf Haushaltsdisziplin dringen.

Wenig flexibel zeigt sich das Bundeswirtschaftsministerium, obwohl mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine dramatisch verändernder Parameter, die nicht nur die Gaspreise, sondern alle Energiepreise explodieren lassen. Im Gegenteil: Aus ideologischen Gründen wird leichtfertig unser Wirtschaftsstandort auf Spiel gesetzt. Das ist nach der Corona-Pandemie der zweite massive Schock, den die Unternehmen zu verdauen haben. Unser Wohlstand basiert auf einem starken Mittelstand – hier werden die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, hier werden Krisen üblicherweise besser durchgestanden als in vielen Großunternehmen. Mittlerweile entsteht jedoch der Eindruck, dass die Ampelkoalition bereit ist, diese Unternehmen notfalls zu opfern.

Auch sechs Monate nach Kriegsbeginn gibt es noch keinen verbesserten, übergeordneten Plan für die Energiewende, sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Zubau von Erneuerbaren noch nicht verabschiedet, gibt es nur mit den Niederlanden und Norwegen ein Abkommen über höhere Gaslieferungen, die nicht ausreichen werden. Denn selbst wenn der deutschen Industrie nicht Gas und Strom ausgehen sollten, bleibt die Frage der Bezahlbarkeit im Raum stehen. Dabei wäre es entscheidend, wenigstens die jetzt noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke weiter laufen zu lassen und auch die Wiederinbetriebnahme zuletzt abgeschalteten Reaktoren zu prüfen, Genehmigungen für die Exploration eines Gasfeldes in der Nordsee zu erteilen, über Fracking im eigenen Land unter Umweltstandards nachzudenken und weitere langfristige Gaslieferverträge mit zuverlässigen Partnern abzuschließen. Die Zeit drängt: Lange kann die deutsche Wirtschaft diese höchsten Energiepreise der Welt nicht durchhalten. Sie muss mit ihren Produkten auf internationalen Märkten bestehen.

Teil des dritten Entlastungspakets soll nach dem Willen der Koalitionspartner SPD und Grüne auch ein 49-Euro-Ticket sein, das das mit 2,5 Milliarden Euro subventionierte Neun-Euro-Ticket ersetzen soll.

Dabei arbeitete der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) auch schon vor dem Neun-Euro-Ticket hoch defizitär. Bereits vor Corona deckten ÖPNV-Anbieter ihre Kosten nur zu gut 40 Prozent aus Ticketverkäufen. Es sollte deshalb keinen politischen Unterbietungswettbewerb darüber geben, wie viel ein Monatsticket kosten „darf“. Denn in den nächsten Jahren kommen auf den ÖPNV massive finanzielle Herausforderungen zu. Vom politisch gewollten Austausch des Fuhrparks, etwa dem Umstieg vom Diesel- auf den in Anschaffung wie im Betrieb teuren E-Bus, bislang nicht eingepreiste hohe Kostensteigerungen für Energie, höhere Personalkosten infolge des angestrebten Ausbaus des Angebots bis hin zur dringend erforderlichen Sanierung der Infrastruktur. Stattdessen braucht der ÖPNV vor allem eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung durch Bund und Länder sowie mehr Transparenz in der Finanzierung. Eine Zweckbindung der Bundesmittel wäre wünschenswert.

Berlin, 31. August 2022

Kontakt:

Klaus-Hubert Fugger

Pressesprecher

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Tel. 030/24087-301

E-Mail: kh.fugger@wirtschaftsrat.de